Jetzt für wirksame
Werbung
diese Top-Werbefläche
3 für 2 buchen:
print-ad kretz gmbh, 8708 Männedorf
Tel.: 044 924 20 70
mail: fredi.kretz@kretzgmbh.ch

Freitag, 11. April 2014 | Nr. 15 | 56. Jahrgang

AZA
CH-8820 Wädenswil
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: Stutz Druck, Postfach 465, 8820

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

EINE INVESTITION, DIE SICH LOHNT

Ja zum Gripen – Ja zur unabhängigen und sicheren Schweiz

Emotional wird der Abstimmungskampf um den Gripen geführt. Die Schweiz ist plötzlich ein Land von Kampflugzeugexperten und ständig werden neue Ideen kund, was nun gerade für die Luftwaffe und die Armee die beste Lösung wäre. Dabei werden munter Tatsachen verdreht, Zahlen frisiert und dreist ausgeblendet, um was es eigentlich geht, nämlich um die Sicherheit der unabhängigen Schweiz.

Christian Lucek
Kantonsrat SVP
Dänikon

Der verfassungsmässige Kernauftrag der Armee ist nach wie vor die Verteidigung des Landes und seiner Bevölkerung. Davon kann ein souveräner und unabhängiger Staat nicht abrücken. Dazu ist eine glaubwürdige Armee notwendig, die ihren Auftrag aber nur erfüllen kann, wenn der Schutz bis in die dritte Dimension reicht. Nirgends kann sich die Bedrohungslage so schnell ändern wie im Luftraum. Daher ist gerade im dicht beflogenen Herzen Europas ein verlässlicher Luftpolizeidienst unabdingbar.

Verkappte Abschaffung der Armee

Die Schweizer Luftwaffe schützt und verteidigt im Rahmen des Verfassungsauftrages der Armee den Luftraum. Sie nimmt den alltäglichen Luftpolizeidienst wahr und ist das einzige Mittel, das für die Sicherheit in der Luft über unserem Land sorgen kann. Bewaffnete Kampflugzeuge garantieren die Funktionsfähigkeit der Armee und den Schutz in allen Lagen.

Um diese Aufgabe auch in Zukunft wirksam wahrnehmen zu können, sollen die 54 über dreissigjährigen F-5 Tiger mit 22 JAS Gripen E Kampfflugzeugen des schwedischen Herstellers Saab ersetzt werden. Dieser Teilersatz kostet mit Bewaffnung, Simulatoren und für den Betrieb notwendigem Material 3,126 Milliarden Franken. Kampfflugzeugbeschaffungen sind in der Schweiz immer von kontroversen politischen Debatten begleitet. Das muss nicht schlecht sein, bestätigt doch ein positiver Volksentscheid, wie 1993 bei der F/A-18 Abstimmung, den Willen der Bürger zu einer wirksam ausgerüsteten Armee.

So stimmen wir denn auch am 18. Mai mit dem Referendum zum Gripen-Fonds-Gesetz nur vordergründig über die Flugzeugbeschaffung ab. Die aus armeekritischen Kreisen, namentlich der GSoA und der SP, stammende Vorlage ist genau betrachtet konsequent, stellt man sich von dieser Seite doch grundsätzlich gegen die Armee. Das Referendum zielt nicht nur auf die Flugzeugbeschaffung, sondern bildet klar einen Schritt in Richtung zur Abschaffung der Armee.

Weit weniger transparent zeigt sich das sogenannte «liberale Komitee». Dieses macht in erster Linie finanzpolitische Bedenken geltend. Es wird argumentiert, dass das Geld für weitere wichtige Anliegen des Bundes wie der Bildung oder der AHV fehlen wird. Die dahinter stehenden Grünliberalen versuchen sich auf Kosten der Armee mit Scheinargumenten zu profilieren, ob sich diese Links-Anbiederung auszahlen wird? Denn mit dem Gripen-Fonds-Gesetz sollen die erforderlichen 3,126 Milliarden über die nächsten zehn Jahre verteilt mit 300 Millionen pro Jahr aus dem ordentlichen Verteidigungsbudget finanziert werden.

Finanzierung aus dem VBS-Budget

Kein anderes Departement muss dafür Federn lassen und der Steuerzahler wird dadurch nicht zusätzlich belastet. Das Bundesbudget ist in den vergangenen zwanzig Jahren von 32 Milliarden auf fast das Doppelte gewachsen, nur dem VBS stand laufend weniger zur Verfügung und das bei einem rekordhohen Bruttoinlandprodukt. Diese Entwicklung ist bedenklich, wer reich und zugleich schwach ist, ist gefährdet. Die Sicherheit unseres Landes sollte uns ein halbes Prozent der Bundesausgaben wert sein. Aus ökonomischer Sicht ebenfalls wesentlich sind die zugesicherten Gegengeschäfte in der Höhe von 2,5 Milliarden Franken, welche in einem technologisch hochstehenden Wirtschaftsbereich unzählige Arbeitsplätze schaffen und sichern.

Investition in eine sichere Zukunft

Der Ersatz der veralteten Tiger ist eine Investition in die Sicherheit bis ins Jahr 2050. Er ermöglicht eine erweiterte Durchhaltefähigkeit beim Schutz des Luftraumes, welcher mit den bestehenden 32 F/A-18 nur für gut zwei Wochen aufrecht erhalten werden kann. Zusammen mit dem dafür notwendigen Personalaufbau wird das neue Kampflugzeug daher auch die von der Politik geforderte Bereitschaft der Luftwaffe von 24 Stunden während 365 Tagen ermöglichen. Dieser Bedarf ist klar ausgewiesen.

Diese Aufgabe kann nicht einfach an die Nachbarstaaten ausgelagert werden. Wer sich für die Landesverteidigung, aber gegen den autonomen Schutz des Luftraumes einsetzt, führt eine Agenda der Selbstaufgabe. Denn ein Delegieren der Lufthoheit an ein Bündnis führt zwangsläufig zum Verlust der Unabhängigkeit und ist zudem auch nicht gratis zu haben. Die damit unweigerlich verbundene Aufgabe der Neutralität kann keine Lösung für die Schweiz sein.

Ein Herauszögern der Beschaffung würde bedeuten, dass dereinst die ganze Flotte auf einmal erneuert werden muss, was enorme Kosten, aber auch ein grosses Risiko darstellt. Gerade bei einer erhöhten Bedrohungslage ist eine kurzfristige Beschaffung kaum möglich und der erlangte Kompetenzverlust kann nicht zeitgerecht aufgeholt werden.

Der Gripen, das perfekte Flugzeug für die Schweiz

Es mag zutreffen, dass der Gripen im Vergleich mit seinen, zweifellos äusserst leistungsfähigen, Konkurrenten bezüglich der fliegerischen Leistungen etwas schwächer abschneidet. Ein modernes Kampflugzeug ist jedoch als Gesamt-Waffensystem zu betrachten und genau da zeigt der Gripen mit einem ausgesprochen modernen Konzept und Komponenten der neuesten Genera-tion seine Stärke. Oder technisch ausgedrückt: Die gewählte Version Gripen E verfügt über modernste Ausrüstung wie einen Radar mit elektronischer Strahlschwenkung und passiver Infrarotsensor-Technik. Ergänzt mit den modernsten und im Beschaffungsumfang enthaltenen Luft-Luft-Lenkwaffen steht der Gripen E damit mehr als nur auf Augenhöhe mit den Mitbewerbern der Evaluation. Durch seine Vielseitigkeit ist der Gripen auch in der Lage, die mit der Ausmusterung der Hunter- und Mirage-Flugzeuge verlorene Fähigkeit zur Unterstützung der Bodentruppen und zur Aufklärung in einem bescheidenen, aber für den Wissenserhalt wichtigen Umfang wieder zu erlangen.

Unschlagbar ist der Gripen mit Blick auf die Beschaffungs- und Betriebskosten. Nebst dem vergleichsweise tiefen Systempreis garantiert der geringe Aufwand beim Unterhalt und der Flugzeugbereitstellung eine konstant hohe Einsatzbereitschaft bei minimalem Personalaufwand. Der Gripen E erfüllt einerseits die Anforderungen vollumfänglich und ist zugleich mit Abstand das wirtschaftlichste Angebot. Die Tatsache, dass das bedeutende Geschäft mit Schweden als neutralem Land abgewickelt werden kann, ist auch vor dem Hintergrund der anhaltenden Kritik an der Schweiz aus den Nachbarstaaten ein weiterer, wenn auch politischer Faktor.

Einstehen für den Gripen, einstehen für die Schweiz

Mit dem Gripen erhält die Schweiz zu einem konkurrenzlosen Preis ein technologisch hochstehendes Verteidigungssystem, welches im europäischen Umfeld überaus konkurrenzfähig ist. Der Gripen ist daher eine vernünftige Wahl mit Augenmass und daher die perfekte Wahl für die Schweiz. Bei der Abstimmung geht es nicht bloss um die Flugzeugbeschaffung und schon gar nicht um eine Typenwahl, um Varianten oder einen Plan B, sondern um nicht weniger als die Wahrung der Neutralität, der Sicherheit und der Unabhängigkeit des Landes. Es gilt daher die Reihen zu schlies-sen und mit dem Ja zum Gripen für die Armee und eine sichere Schweiz einzustehen.

Bundesrat Ueli Maurer zu Gast in Winterthur

«Warum die Schweiz den Gripen beschaffen soll»

Begrüssung: Nationalrat Jürg Stahl
Dienstag, 15. April 2014, 19.30 Uhr
Winterthur, MZA Teuchelweiher

Fragen & Diskussion, im Anschluss «Kaltes Plättli»
Ende der Veranstaltung ca. 21.30 Uhr

Wir freuen uns auf viele interessierte Teilnehmer.

Öffentliche Veranstaltung
der SVP Winterthur

www.svp-winterthur.ch

Christoph Mörgeli

Progressive Mitte mit Öko-Faktor

Die um Eveline Widmer-Schlumpf herum konstruierte BDP erlebte in den Berner Stammlanden einen bösen Absturz. «Der Lack ist ab», urteilen heute die Lackierer von gestern. Also jene Medien, welche die ehrgeizige Bündnerin lange als Erlöserin von dem Bösen angebetet und zur «Schweizerin des Jahres» gekürt hatten. Jetzt verlor die BDP auf einen Schlag 11 ihrer 25 Berner Grossratsmandate. Die SVP ist mit 49 Sitzen stärker als vor der Spaltung. Doch BDP-Präsident Martin Landolt – eigentlich oberster Verantwortlicher für das Desaster – weiss im Nachhinein alles besser.

Die Berner BDP sei zu alt und zu konservativ, rügte Landolt in der NZZ. Nach Beispielen gefragt, meinte der Polit-Stratege aus dem Glarnerland: «Beispiele kann ich im Moment nicht nennen.» Allenfalls sei zu wenig durchgedrungen, «dass die BDP für eine ökologische Energiepolitik ohne Atomstrom stehe». Dafür ist durchgedrungen, dass mit Nationalrat Urs Gasche ein BDP-Mann im Verwaltungsratspräsidium des Kernkraftwerks Mühleberg sitzt. Jetzt «überdenkt» die BDP ihr «Marketing».

Klüger wäre ein Überdenken der politischen Inhalte. Wo steckt der einst als «Überdenker» angekündigte Samuel Schmid? Nun stürmen die Granden der Partei – einer «modernen, progressiven Kraft» – nach links. Denn in der «progressiven Mitte» gebe es noch ein Wählerreservoir. Die BDP denkt einzig an ihren Machterhalt. Und nicht an die Schweiz. Parteipräsident Landolt meint trotzig: «2019 will ich die Zehn-Prozent-Marke knacken.» Knacken womit? Mit einem knackigen Parteiprogramm? Mit einer knackigen Eveline Widmer-Schlumpf? Wohl kaum, denn die BDP-Bundesrätin ist längst zur Hypothek geworden. Ihre Politik entlarvt das «B» wie «bürgerlich» als Etikettenschwindel. Sie verantwortet im Asylwesen Höchstzahlen und wütet orkanartig in ihrer Personalpolitik. Unter Personalchefin Widmer-Schlumpf kosten uns die Bundesbeamten seit 2007 eine Milliarde mehr. Die BDP-Ex-Ikone hat das Bankkundengeheimnis für Ausländer geschleift. Sie hat Gruppenanfragen zugelassen. Sie will den automatischen Informationsaustausch einführen. Sie verfolgt eine lupenreine SP-Finanzmarktstrategie.

Doch BDP-Präsident Martin Landolt ortet unter der zustimmenden Volksmehrheit vom 9. Februar «nationalsozialistische Rhetorik». Der Hahn kräht am kühnsten auf dem eigenen Mist.

ABSTIMMUNG VOM 18. MAI 2014

Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen

Der Zentralvorstand der SVP hat zwei Parolen für die Volksabstimmung vom 18. Mai 2014 abschliessend gefasst. Die Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen» wurde einstimmig (69:0) zur Annahme empfohlen. Klar abgelehnt (58:13) wird der Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung.

SVP. Beim neuen Verfassungsartikel über die medizinische Grundversorgung handelt es sich um einen direkten Gegenentwurf zur zurückgezogenen Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin». Die Bedeutung der Hausärzte für unser Gesundheitssystem ist unbestritten. Es ist jedoch ordnungspolitisch völlig verfehlt, in einer freien Wirtschaftsordnung einem einzelnen Berufsstand verfassungsmässige Einkommens- und Besitzstandsgarantien zu gewähren. Dies wäre ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einer Staatsmedizin und muss im Interesse eines freiheitlichen Arztberufs und Gesundheitswesens entschieden abgelehnt werden. Um die Stellung der Hausärzte sowie deren Aus- und Weiterbildung zu stärken, braucht es keinen neuen Verfassungsartikel.

Die Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen» verlangt, dass ein Straftäter, der aufgrund eines Sexualdelikts mit Kindern oder abhängigen Personen (z.B. Behinderten) verurteilt worden ist, das Recht verliert, eine berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeit mit Minderjährigen oder Abhängigen auszuüben. Viele Pädophile sind Wiederholungstäter. Darum ist es wichtig, dass sie nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen, sei das im Beruf oder in der Freizeit. Nur mit dieser Initiative kann verhindert werden, dass Pädophile an Schulen, Behindertenin-stitutionen oder in Sportvereinen tätig sind.

Es ist nicht einzusehen, warum ein solcher Sexualstraftäter nach Verbüssung seiner Strafe eine Tätigkeit ausüben soll, welche ihn wieder in Kontakt mit potenziellen Opfern bringt. So können weitere Straftaten vermieden und die Zahl der Opfer gesenkt werden.

Den Rechtsstaat stärken

Gregor A. Rutz
Nationalrat und Vizepräsident SVP Kanton Zürich
Zürich

Wird ein Straftäter aufgrund eines Sexualdelikts mit Kindern oder abhängigen Personen (z.B. Behinderten) verurteilt, soll er das Recht verlieren, eine berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeit mit Minderjährigen oder Abhängigen auszuüben. Dies will die vorliegende Initiative. Fachleute bestätigen, dass Pädophilie nicht heilbar ist: Wer pädophil ist, bleibt es. Pädophile können in einer Therapie höchstens lernen, mit ihrer Störung umzugehen. Sie können lernen, heiklen Situationen auszuweichen. Dazu gehört, Orte mit Kindern zu meiden. Nicht nur zum Schutz der Kinder, auch zum Schutz der Täter vor sich selber.

Denn viele Pädophile sind Wiederholungstäter. Es ist wichtig, dass sie nicht mehr in die Nähe von Kindern gelangen und so in Kontakt mit potenziellen Opfern kommen – sei es im Beruf oder in der Freizeit. Pädophile Sexualstraftäter, welche an Schulen, Behindereninstitutionen oder in Sportvereinen arbeiten, sind eine permanente Gefahr. Dieses Risiko lässt sich nur durch ein lebenslanges Berufs- und Tätigkeitsverbot bannen.

Andere Länder gehen mit Pädophilen viel strenger um: Etliche Länder kennen nicht nur ein Berufsverbot, sondern rechtfertigen – wie z.B. Deutschland oder Grossbritannien – eine solche Massnahme bereits mit der Begehung einer rechtswidrigen Tat. In diesen Ländern ist die Verfügung eines Berufsverbots selbst dann möglich, wenn aufgrund von Schuldunfähigkeit keine Verurteilung erfolgt. Im Parlament kam zwar kein Gegenvorschlag zur Initiative zustande, doch die Ratsmehrheit beurteilte die geltenden Regelungen als lückenhaft und ungenügend.

Darum befasst sich ein kürzlich vom Parlament verabschiedetes Gesetz mit dem Anliegen der Initiative. Es sieht ein obligatorisches Berufsverbot von zehn Jahren vor, aber erst bei einer Mindeststrafe von sechs Monaten. Das reicht nicht. Aufgrund unklarer Formulierungen im Gesetz könnten die Richter solche Berufsverbote auch umgehen (z.B. ist der Begriff «regelmässig» völlig unklar). Konkret heisst dies: Zahlreiche Pädophile würden vom Berufsverbot im Gesetz des Parlaments nicht erfasst oder dürften schon nach zehn Jahren wieder mit Kindern oder Minderjährigen arbeiten. Für zahlreiche Täter, die wegen sexueller Handlungen mit Kindern oder wegen Kinderpornografie verurteilt worden sind, gälte zudem gar kein Berufsverbot, da ihre Strafe tiefer ist als das vom neuen Gesetz geforderte Mindestmass.

Darum braucht es die Initiative: Es muss der Grundsatz gelten, dass ein verurteilter Straftäter lebenslänglich nicht mehr mit Kindern oder Abhängigen arbeiten darf. So können Opfer verhindert und die Straftaten gesenkt werden. Die Behauptung, die Initiative betreffe auch sogenannte Jugendlieben, ist falsch und lenkt ab: Die Initiative zielt auf Straftäter, die sich an Kindern oder Abhängigen vergehen – dies hat das Initiativkomitee immer wieder betont. Diese Zielsetzung teilten auch alle Parteien in den Ratsdebatten. Das Ausführungsgesetz wird es entsprechend regeln. Die Initiative ist wichtig, um unsere Kinder besser vor Pädophilen zu schützen. Der Schutz der Kinder muss Vorrang haben vor den Anliegen verurteilter Straftäter. Nur so können wir den Rechtsstaat stärken.

Erstveröffentlichung in der «NZZ» vom 2. April 2014.

DELEGIERTENVERSAMMLUNG DER SVP SCHWEIZ

Sicherheit für Land und Lüüt

Die Delegierten der SVP Schweiz fassten am Samstag in Näfels (Glarus) in Anwesenheit des Bundesrates Ueli Maurer mit 393 zu 1 Stimme die JA-Parole zur Sicherheit unseres Landes: JA zur Armee – JA zur Beschaffung des Gripen-Kampfflugzeuges. Die Mindestlohninitiative der Gewerkschaften wurde einstimmig abgelehnt.

SVP. Die Delegierten der SVP haben klar gemacht, dass, wer zur Schweiz steht und damit zur bewaffneten Neutralität des Landes, das heisst auch zu einer eigenständigen Landesverteidigung, auf eine moderne Luftwaffe nicht verzichten kann. Die Sicherheit des Landes ist gut finanzierbar.

Pro 100 Franken Staatsausgaben werden während 10 Jahren für den Gripen 47 Rappen ausgegeben werden – so viel muss uns unser Dach über dem Kopf Wert sein. Den Armeeabschaffern, die mit ihrem Referendum überhaupt eine Abstimmung erst erzwungen haben, geht es nicht um den Gripen, sondern um die schrittweise Abschaffung und Schwächung unserer Landesverteidigung. Deshalb stimmen alle, die eine Armee wollen, am 18. Mai JA zur Ersatzbeschaffung von Kampfflugzeugen, damit wir wieder eine moderne Luftwaffe haben.

Mindestlohn schadet Schwächeren

Die sozialistische Mindestlohn-Initiative wurde einhellig verworfen. Insbesondere wurde auf die schädlichen Folgen eines einheitlichen Mindestlohnes in allen Regionen unseres Landes hingewiesen. In ländlichen Gebieten sind die Kosten für Mieten, Verpflegung und Dienstleistungen viel tiefer als in grossen Städten. Die Initiative schadet ausgerechnet denen am meisten, die sie vorgibt zu schützen. Denn ein Mindestlohn verdrängt Schwächere aus dem Arbeitsmarkt, vernichtet Arbeitsplätze – insbesondere Teilzeitstellen – und erschwert den Berufseinstieg, insbesondere für Junge. Es ist eine realitätsferne und sozialistische Sichtweise, alle Regionen, Branchen und Qualifikationen über einen Kamm scheren zu wollen. Deshalb gibt es nur eine Antwort am 18. Mai – NEIN zum sozialistischen Mindestlohn.

ES GIBT KEINE ALTERNATIVE

Das Stimmvolk entscheidet über neue Kampfflugzeuge!

In den letzten Tagen war viel von einem «Plan B» zu lesen, falls die 22 Gripen E am 18. Mai an der Urne durchfallen würden. Das überparteiliche Komitee «JA zum Gripen» hält diesbezüglich unmissverständlich fest, dass es keinen «Plan B» gibt. Der Volksentscheid zum Gripen-Fonds-Gesetz ist abschliessend und verbindlich.

ZB. Sollte das Volk die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge ablehnen, so ist dieser Entscheid zu akzeptieren und durchzusetzen. Eine Beschaffung von 12 Flugzeugen alle 15 Jahre, die ohne Zustimmung des Stimmvolks erfolgen könnte, findet nicht statt. Dieses von Nationalrat Thomas Hurter SVP/SH, dem derzeitigen Präsidenten der Sicherheitspolitischen Kommission (SiK) des Nationalrates vorgeschlagene Vorgehen im Sinne eines «Plans B», wäre eine Umgehung des Volkswillens. Hierzu bietet das überparteiliche Komitee nicht Hand.

Sicherheitslücke schliessen

Keinerlei Unterschiede bestehen jedoch bei der sicherheitspolitischen Analyse. Die Schweiz benötigt für die 54 veralteten F-5 Tiger aus den 70er und 80er Jahren dringend Ersatz. Hierfür sollen 22 topmoderne Gripen E Mehrzweckflugzeuge beschafft werden, die ab 2018 ausgeliefert werden. Ohne neue Flugzeuge droht der Schweiz eine sicherheitspolitische Lücke. Wird diese nicht geschlossen, setzen wir die Sicherheit und Unabhängigkeit unseres Landes fahrlässig aufs Spiel. Insofern gilt es, alle Kräfte zu mobilisieren, und am 18. Mai eine Mehrheit für das Gripen-Fonds-Gesetz zu erreichen.

Eine glaubwürdige Armee mit modernen Flugzeugen

Das Schweizer Stimmvolk sprach sich im vergangenen Jahr mit grossem Mehr für die Armee und die Beibehaltung der Wehrpflicht aus. Zu einer glaubwürdigen Armee gehört aber auch die Beschaffung moderner Kampfflugzeuge. Sind diese doch fester Bestandteil einer Luftwaffe, die im Alltag und im Krisenfall unseren Luftraum überwacht, kontrolliert und notfalls auch verteidigt. Dieser Schutz soll auch in den nächsten 30 Jahren möglich sein.

Ein JA zum Gripen-Fonds-Gesetz ist deshalb am 18. Mai Pflicht.

AUS DEM KANTONSRAT

Das System der Parlamentsbank hat sich bewährt

Der Zürcher Kantonsrat hat am Montag begonnen, eine Gesetzesrevision für die Zukunft der Zürcher Kantonalbank (ZKB) zu beraten. Dabei werden die Stossrichtung und die Leitplanken der Staatsbank für die nächsten Jahre und Jahrzehnte festgelegt. Anträge auf Nichteintreten auf die Gesetzesrevision und auf Rückweisung der Vorlage seitens CVP beziehungsweise FDP wurden abgelehnt. Die aufwendigen Beratungen konnten noch nicht abgeschlossen werden. Die Fortsetzung findet am kommenden Montag, 14. April 2014 statt. In seinem Eintretensvotum betonte Hans Frei die klaren Standpunkte der SVP.

Hans Frei
Kantonsrat SVP
Mitglied
Spezialkommission ZKB
Watt-Regensdorf

Nach der Finanzkrise und mit Blick auf den Bankenplatz Schweiz wurde uns eine einfache und leicht nachvollziehbare Lehre in Erinnerung gerufen. Die Forderung nach mehr Eigenmitteln der Banken. Dies führte zu neuen Erlassen von Eigenmittelvorschriften. Basel II und Basel III bildeten die Grundlage. Den Ausschlag für die überarbeiteten Regeln gaben die ungenügende Qualität des bisherigen Kernkapitales und die fehlende Werthaltigkeit gewisser Aktiven. Die Stetigkeit der Kapitalausstattung und dass keine Verpflichtung zu einer fixen Entschädigung für das Dotationskapital festgelegt werden darf, sind nun wichtige Anpassungen in der vorliegenden Gesetzesrevision.

Eigenmittelbeschaffung

Die Anträge des ZKB-Bankrates forderten daher grosszügige Anpassungen zur Optimierung der Eigenmittelbeschaffung. Das im heutigen Kantonalbankgesetz umschriebene Grundkapital hält fest, dass auch Partizipationskapital zugelassen werden könnte. Dies ist mit dem heute gültigen Gesetz nicht möglich. Eine neue Regelung für die Ausgabe von Partizipationsscheinen muss umsetzbar und kapitalmarktfähig gemacht werden. Treten nebst dem Staat neue Eigenkapitalgeber hinzu, ist die Gleichbehandlung von Partizipandinnen und Partizipanden sicherzustellen. Mit Blick auf die Gewinnausschüttung an den Kanton und die Gemeinden kann diese Gleichbehandlung nie in letzter Konsequenz vollzogen werden. Der Staat haftet für alle Verbindlichkeiten, die Partizipanden verfügen über Schutzrechte.

Zweigniederlassungen

Einem geographischen Klumpenrisiko soll mit Zweigniederlassungen ausserhalb des Wirtschaftsraumes Zürich abgeholfen werden, da drängt sich unweigerlich die Frage auf, welchen Klumpen bürden wir damit dem Kanton Zürich auf?

Die SVP hat zu diesen Fragen eingehend Stellung bezogen und ihre Positionen in die Vorlage eingebracht.

Staatsgarantie

Zur Frage der Staatsgarantie unterstützen wir das bewährte System der ZKB als Parlamentsbank. Die Bank hat den öffentlichen Auftrag, mit einer auf Kontinuität ausgerichteten Geschäftspolitik eine verlässliche Partnerin für die Zürcher Bevölkerung, das Gewerbe und ihre Kunden zu sein. Die Staatsgarantie als solche ist deshalb eng mit der Geschäftstätigkeit der ZKB verknüpft.

Die SVP ist explizit der Meinung, dass sich die ZKB auf ihr Geschäft in der Region Zürich zu fokussieren hat. Die Zürcher Kantonalbank ist eine Bank für den Kanton Zürich. Eine weitere Zustimmung zur Staatsgarantie erfolgt unter dieser Bedingung. Mit Blick auf die Risikodiversifikation hat sich die ZKB in der Geschäftstätigkeit auf ihren Kernauftrag auszurichten.

Eigenkapital

Betreffend Erhöhung des Dotationskapitales stellt die SVP ebenso klare Forderungen. Für eine erfolgreiche Weiterverfolgung der bisherigen Geschäftspolitik scheint ein angemessener Bedarf nach zusätzlichem Eigenkapital ausgewiesen. Dies gilt insbesondere unter den neuen Regeln der Bankenaufsicht. Es soll sichergestellt werden, dass die Bank primär wie in den vergangenen 10 Jahren durch selbst erarbeitete Mittel das Eigenkapital steigert und sekundär durch die Aufstockung des Dotationskapitalrahmens auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ihren Leistungsauftrag erfüllen kann. Sie soll von unnötigen Eingriffen der Aufsichtsbehörden (FINMA) verschont bleiben.

Partizipationskapital

Die SVP will keine Verwässerung des Grundkapitals durch die Aufstockung mit Partizipationskapital. Ein solches Angebot weckt zusätzliche Begehrlichkeiten an eine mit Bestnoten qualifizierte Staatsbank. Es werden Schnittstellen zwischen Staat und privaten Interessen geöffnet, die der bewährten Konstellation unserer Parlamentsbank nicht förderlich sind. Die verschiedenen Minderheitsanträge zeigen deutlich, wie der Gleichbehandlung von Staat und Partizipandinnen und Partizipanden gerecht zu werden versucht wird. Die SVP vertritt hier den klaren Standpunkt, dass das Grundkapital im Rahmen des Dotationskapitals haushälterisch zur Verfügung gestellt werden soll. Wir wollen keine zusätzlichen Risiken noch Reibungsverluste an möglichen Schnittstellen mit Partizipationskapital.

Abgeltung

Für die SVP ist die Abgeltung der Staatsgarantie unumgänglich. Die Entschädigung soll in einen Fond zur Absicherung der Staatsgarantie fliessen und in einem Reglement durch den Kantonsrat genehmigt werden.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK:

Der Kantonsrat hat am Montag ...

☹ ... dem dringlichen Postulat für eine «kontinuierliche Arbeit im Naturschutz» zugestimmt.

7. April 2014

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Schlaumeiereien sind mehrheitsfähig

Hans-Heinrich Heusser
Kantonsrat SVP
Seegräben

Es ist ein altes Anliegen der Pro Natura, dass die Staatsausgaben zu Gunsten des Naturschutzes ständig erhöht werden. So wurden bei früheren kantonalen Wahlen die von ihr unterstützten Kandidaten darauf verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Einlagen aus allgemeinen Steuermitteln zu Gunsten des Natur- und Heimatschutzfonds (NHS) substanziell erhöht werden.

Der Griff in die Staatskasse ist demnach für die Kantonsräte sehr verlockend, kommt man doch kaum jemals günstiger zu einer Wahlempfehlung. Trotzdem waren früher mehrere Versuche gescheitert, zusätzliche Steuermittel in den Natur- und Heimatschutzfonds einzuschiessen. Dann folgte aber eine erste finanz-politische Schlaumeierei. Im Jahre 2010 wurde die Idee mehrheitsfähig, man könne den Fondsbestand von 20 Millionen Franken aufbrauchen, ohne gleichzeitig für zusätzliche Einnahmen zu sorgen. Für diesen finanzpolitischen Sündenfall wurde der Begriff «saldoneutrale Ausgabenerhöhung» hervorgezaubert.

Sowohl durch die Regierung wie auch durch die SVP wurde klar darauf hingewiesen, dass eine saldoneutrale Ausgabenerhöhung nicht möglich sei, ohne gleichzeitig die Einnahmen zu Lasten der allgemeinen Steuermittel zu erhöhen. Leider setzte sich damals der Machtapparat der Pro Natura gegenüber diesem finanzpolitischen Naturgesetz durch. Als Folge des damaligen Beschlusses wurde der Natur- und Heimatschutzfonds innert weniger Jahre geplündert.

In der Budgetdebatte vom letzten Dezember wurde folgerichtig eine Er-höhung der Einlage in den Natur- und Heimatschutzfonds von 18 auf 23 Mio. Franken pro Jahr beantragt. Nun, an-gesichts des geplünderten NHS-Fonds, realisierten plötzlich einige weitere Kantonsräte, dass das mit der «saldoneutralen Ausgabenerhöhung» ein reiner Selbstbetrug war. Dank dieser Einsicht fand ein SVP-Antrag eine Mehrheit, die Fonds-Einlage statt um 5 «nur» um 3 Mio. Franken pro Jahr zu erhöhen, was immer noch einer Steigerung von 17 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Gleichzeitig wurde beschlossen, die budgetierten Ausgaben aus dem NHS-Fonds entsprechend weniger anwachsen zu lassen.

Nun aber zeigte sich, wie hervorragend die Naturschutzorganisationen, die grünen Teile der kantonalen Verwaltung und grosse Teile des Kantonsrates miteinander vernetzt (um nicht zu sagen verfilzt) sind. Jedenfalls wurde aus diesem Zusammenspiel im Februar ein Postulat eingereicht, das forderte, dass genau diese verantwortungslose Ausgabenpolitik wieder fortgesetzt werden soll, und damit aus dem praktisch geplünderten NHS-Fonds mehr Geld ausgegeben werden soll, als dieser erträgt.

Im Gegensatz zur Budgetdebatte vom letzten Dezember fand dieser verantwortungslose Vorschlag am letzten Montag im Kantonsrat eine Mehrheit. Somit wären wir wieder bei dieser «saldoneutralen Ausgabenerhöhung», oder etwas verständlicher ausgedrückt wurde diese Schlaumeierei wieder mehrheitsfähig.

Wenn man über die Kapriolen einzelner Fraktionen im Kantonsrat überhaupt noch staunen mag, wäre das höchstens bei derjenigen bürgerlichen Fraktion der Fall, die jeweils vorgibt, die finanzpolitische Kompetenz allein für sich gepachtet zu haben. Im Dezember zählte sie sich gerne zu den für die Staatsfinanzen Verantwortung tragenden Parteien. Schon ein paar Monate später lockten offenbar die Wahlempfehlungen von Pro Natura und Co für die kommenden Wahlen und man schwenkt wieder zur gegenteiligen Position.

Hat da jemand etwas gerufen von finanzpolitischen Wetterfahnen?

ZÜRCHER KANTONALVERBAND FÜR SPORT ENGAGIERT IN DEN ABSTIMMUNGSKAMPF

NEIN zur Volksinitiative «Werbeverbot für Alkohol auf Sportplätzen»

Die Initiative «Keine Werbung für alkoholische Getränke auf Sportplätzen sowie an Sportveranstaltungen im Kanton Zürich» des Blauen Kreuzes Kanton Zürich, welche am 18. Mai 2014 zur Abstimmung kommt, ist für viele der 2300 Zürcher Sportvereine mit ihren 330 000 Sportlerinnen und Sportlern eine existentielle Bedrohung. Der Zürcher Kantonalverband für Sport (ZKS) engagiert sich gegen die Volksinitiative.

Aus Sicht des ZKS sind dies die wichtigen Gründe, die zwingend gegen die Initiative sprechen:

- Vereinssport ist die beste und günstigste Suchtprävention, die es gibt. Keine andere Institution trägt täglich auch nur annähernd so viel zur Volksgesundheit bei.
- 90 000 Kinder und Jugendliche im Kanton Zürich haben dank dem Breitensport eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung, sind gut betreut und sitzen in dieser Zeit nicht vor dem TV oder hängen herum.
- Die Initiative zielt nur auf Sportvereine und Sportveranstalter und damit exakt auf jene Institutionen, die für die Jugendarbeit, Integration und Erziehung von Jugendlichen von unschätzbarem Wert sind.
- Rund ein Drittel der Einnahmen der Sportvereine stammen aus Werbung und Sponsoring. Ein Ausbleiben dieser finanziellen Unterstützung gefährdet die Existenz der Sportvereine.
- Tausende lokaler und regionaler Sportanlässe können nur dank einer substanziellen logistischen Unterstützung (Zelte, Kühlwagen, Schenken, Tische, Bänke, etc.) von Sponsoren durchgeführt werden. Bei einer Annahme der Initiative sind all diese Unterstützungen massiv gefährdet.
- Ohne die Unterstützung von Sponsoren müssen viele Sportvereine die Mitgliederbeiträge erhöhen, Leistungen abbauen und sogar Sportveranstaltungen streichen. Damit ist der ganze Nachwuchsbereich im Sport gefährdet. Ein solcher Schritt trifft überdies ausgerechnet Kinder von weniger gut verdienenden Familien, für die der Vereinssport eine wichtige und günstige Freizeitbeschäftigung ist.
- Im Kanton Zürich leisten über 78 000 Mitglieder jährlich elf Millionen Stunden freiwillige Arbeit für ihre Sportvereine. Ein Ja zur Initiative ist für sie alle ein Schlag ins Gesicht.
- Der organisierte Vereinssport ist sich seiner gesellschaftlichen Verantwortung seit jeher bewusst. Die Präventions-Kampagne cool&clean von Swiss Olympic, in welcher es um weit mehr als nur den Alkoholkonsum geht, wird in jedem Kanton durch einen professionellen cool&clean-Beauftragten unterstützt.
- Wird das Alkoholwerbeverbot durchgesetzt, sind bedeutende nationale Sportveranstaltungen gefährdet, weil das Werbeverbot allein im Kanton Zürich und in keinem anderen Kanton gilt. Die Veranstalter werden den Kanton Zürich künftig meiden. Vom damit verbundenen, gravierenden Wettbewerbsnachteil für Zürcher Sportveranstalter abgesehen: Die dadurch verlorenen Einnahmen für den Wirtschaftsstandort Zürich gehen in die Millionen.
- Eine massive Mehrheit der Zürcher Politiker lehnt die Initiative klar ab: Das Kantonsparlament hat im November 2013 die Initiative mit 146 gegen 14 Stimmen wuchtig abgelehnt. Auch der Regierungsrat lehnt die Annahme der Initiative klar ab.
- Schon die heutigen gesetzlichen Bestimmungen im Kanton Zürich schränken die Alkoholwerbung weit über das geforderte Minimum hinaus ein und sind die strengsten in der Schweiz. Im Grunde genommen müssten sie sogar gelockert und nicht noch zusätzlich verschärft werden.
- Ein direkter Zusammenhang zwischen Alkoholmissbrauch und Werbung ist wissenschaftlich nicht nachweisbar. Die neueste Statistik der Eidg. Alkoholverwaltung (2012) zeigt in allen Altersstufen eine Rückläufigkeit des Alkoholkonsums. In der Schweiz wird heute so wenig Alkohol konsumiert wie seit 1950 nicht mehr.
- Die Begegnung mit Alkoholwerbung im öffentlichen Raum kommt weit häufiger vor als auf dem Sportplatz selber und im täglichen Umfeld werden wir viel mehr unkontrollierter Alkoholwerbung ausgesetzt als an Sportveranstaltungen. Kommt dazu: künftig soll auf 1 Prozent der Fläche Werbung verboten sein, aber auf 99 Prozent nicht. Das ist völlig unverhältnismässig.
- Die Initiative suggeriert, dass der Sport zum Alkoholkonsum verleitet. Das ist eine absolut unhaltbare Behauptung. Das Gegenteil ist der Fall: Wer regelmässig Sport betreibt, trinkt weniger – oder gar nichts. Selbst das «Blaue Kreuz» befürwortet übrigens einen verantwortungsbewussten Umgang mit Alkohol.
- Sport ist ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft. Seine erzieherischen, sozialen, integrativen, politischen und wirtschaftlichen Aspekte verleihen ihm staatspolitische Bedeutung.
- Ein Ja zur Initiative wird das «Blaue Kreuz» als Basis nutzen, um dasselbe Anliegen auch in anderen Kantonen an die Urne zu bringen. Der im Kanton Zürich angerichtete Schaden wird sich damit noch potenzieren.
- Das «Blaue Kreuz» hat sich zum Ziel gesetzt, national ein Alkoholverbot im sportlichen Umfeld durchzusetzen.
- Die ehrenamtlich geführten Sportvereine und ihre Sportlerinnen und Sportler leben die Eigenverantwortung – sie brauchen keine Verbote.
- Das Alkoholwerbeverbot trifft den Kanton Zürich als einzigen Kanton in der Schweiz und nur den Sport – das kann nicht sein

Informationen zur Kampagne finden Sie auf der Homepage des ZKS: ***www.zks-zuerich.ch***

JUNGE SVP OBERLAND-SEE

GV mit Ehrengast Max Binder

Die Junge SVP Oberland-See (JSVP) hat am letzten Freitag in Hinwil ihre ordentliche Generalversammlung durchgeführt.

Der Vorstand: Swen Huber, Nationalrat Max Binder, Patrick Walder, Simone Akermann, Marco Colombo, Christian Hiltbrunner, Daniel Burkhardt (hinten) v. l. n. r. Auf dem Bild fehlt Katia Weber.

ZB. Der Präsident der SVP Hinwil, Peter Preisig, richtete zu Beginn der Generalversammlung eine Grussbotschaft an die versammelten Mitglieder. Anschliessend führte die Präsidentin Simone Akermann durch die Generalversammlung zur Erledigung der Traktanden.

Die bisherige Präsidentin Simone Akermann (Volketswil) wurde einstimmig wiedergewählt. Ebenfalls bestätigt wurden Daniel Burkhardt (Dübendorf), Marco Colombo (Wolfhausen), Swen Huber (Volketswil) und Patrick Walder (Dübendorf). Mit der Wahl von Christian Hiltbrunner (Effretikon) und Katia Weber (Uetikon am See) sind neu wieder alle vier Bezirke der Sektion im Vorstand vertreten. Die JSVP ist überzeugt, mit dieser Konstellation gestärkt das nächste Parteijahr angehen zu können.

Im Anschluss an die Generalversammlung berichtete Nationalrat und Stadtrat von Illnau-Effretikon, Max Binder, Spannendes, Interessantes und auch Amüsantes aus seiner Tätigkeit als National- und Stadtrat sowie insbesondere als Nationalratspräsident.

ERFOLGREICHE KANDIDATUREN DURCH KONSEQUENTE POLITIK

JSVP gestärkt aus den Parlamentswahlen

Die Junge SVP des Kantons Zürich (JSVP ZH) konnte bei den Gemeindewahlen Wahlerfolge feiern. Aktuell stellt die JSVP Zürich 18 Amtsträger unter den aktiven Mitgliedern. Eine beachtliche Zahl für eine Jungpartei.

JSVP. Nach den Wahlen vom 9. Februar 2014 und vom 30. März 2014 kann die JSVP positiv zurückschauen. Von 40 Kandidaturen, meist im hinteren Feld der Liste anzutreffen, konnten 18 Erfolge bei Parlament- oder Behördenwahlen gefeiert werden. Mit 14 Parlamentarierinnen und Parlamentariern, zwei RPK-Vertretern und zwei Schulpflegern kann die JSVP ZH mit den vergangenen Wahlen zufrieden sein. Die JSVP ZH und ihre Exponenten zeichnen sich durch eine konsequente Politik zu Gunsten der Kommunen aus.

Ihr Kampf für den Föderalismus und die Freiheit der Gemeinden wird in der Bevölkerung geschätzt.

Klares Wahlversprechen

Die wieder- und neugewählten Behördenvertreter werden dafür einstehen, dass der Steuerfranken sinnvoll eingesetzt wird, die Steuern und Gebühren gesenkt werden können und die Sicherheit auch in den Gemeinden gewährleistet wird.

Das Ziel der JSVP ZH sind Zürcher Gemeinden, in welchen man gerne lebt, arbeitet und seine Freizeit verbringt.

Weiter werden sich die Vertreter der JSVP ZH dagegen wehren, dass immer mehr Kosten vom Kanton zu den Gemeinden abgeschoben werden, die Entscheidungskompetenz aber beim Kanton verbleibt. Wer zahlt, befiehlt! So sollte es auch zwischen Kanton und Gemeinden gehandhabt werden. Die JSVP ZH gratuliert allen Gewählten und bedankt sich bei ihnen für ihren grossen Einsatz.

Allen Kandidaten, bei welchen die Wahl erst am 18. Mai 2014 ansteht, wünscht die JSVP Zürich viel Erfolg.

Name	Funktion	Ort
Tina Kasper	Gemeinderat	Kloten
Silvan Eberhard	Gemeinderat	Kloten
Rico Käser	Gemeinderat	Kloten
Sven Heinzelmann	Gemeinderat	Kloten
Moritz Märki	Gemeinderat	Schlieren
Samuel Balsiger	Gemeinderat	Stadt Zürich
Chantal Leupi	Gemeinderat	Winterthur
Marco Thurnherr	Gemeinderat	Winterthur
Pascal Rütsche	Gemeinderat	Winterthur
Stefan Feldmann	Gesundheitspflege	Turbenthal
Beat Fuhrer	RPK	Bäretswil
Marco Colombo	RPK	Bubikon-Wolfhausen
Patrick Walder	Gemeinderat	Dübendorf
Daniel Burkhardt	Gemeinderat	Dübendorf
Christian Hiltbrunner	Gemeinderat	Illnau-Effretikon
Anita Borer	Gemeinderat	Uster
Deborah Bernhard	Gemeinderat	Uster
Patrick Borer	Primarschulpflege	Uster
Jürg Guyer	Sekundarschulpflege	Wetzikon

DIETLIKON BEKOMMT EINE SVP-GEMEINDEPRÄSIDENTIN

Edith Zubers Wahlsieg

ZB. Seit Bestehen der SVP wurde in Dietlikon erstmals eine SVP-Gemeindepräsidentin gewählt. Die 55-jährige Lehrerin Edith Zuber war 8 Jahre lang in der Schulpflege tätig, war bereits vier Jahre lang als Gemeinderätin im Amt und in den Jahren 2007 und 2011 jeweils bei den Kantonsratswahlen Kandidatin im Bezirk Bülach. Edith Zuber will das Amt verantwortungsvoll führen und sich dabei weiterhin für die Interessen der Dietlikerinnen und Dietliker sowie das Gewerbe einsetzen, damit Dietlikon auch in Zukunft ein attraktiver Wohn- und Wirtschaftsstandort bleibt.

BEI SCHWIERIGKEITEN MIT KANTONALEN BEHÖRDEN UND DER VERWALTUNG

Der Ombudsmann hilft

Zum Ombudsmann zu gelangen, ist einfach: Es gibt kein kompliziertes Verfahren und keine Eintrittshürden, die Ratsuchenden müssen weder Vorschüsse leisten noch Verfahrenskosten oder Gebühren fürchten. Bei Schwierigkeiten mit der kantonalen Verwaltung oder einer kantonalen Behörde hört der Ombudsmann zu, er informiert und gibt Rat. Ohne Einverständnis der betroffenen Person bleibt alles vertraulich. Der Ombudsmann vermittelt zwischen den Beteiligten und empfiehlt bedarfsweise ein bestimmtes Vorgehen. Betroffene Private und Verwaltung leisten dabei einen aktiven Beitrag zur Lösung des Konflikts.

ZB. Der Ombudsmann ist kein Parteienvertreter, sondern neutraler, unparteiischer Vermittler bei Problemen einzelner Personen mit der kantonalen Verwaltung oder mit kantonalen Behörden.

Auch bei kantonalen Personalfällen kann er aktiv werden. Wer dem Ombudsmann eine Beobachtung meldet, braucht keine Verletzung des Amtsgeheimnisses zu befürchten. Der Ombudsmann verfügt über griffige Instrumente zur vollständigen und sorgfältigen Abklärung eines Sachverhalts. Dabei darf das um Mithilfe gebetene Amt oder die Behörde keine Informationen zurückhalten.

Zahlen

2013 sind 769 Beschwerden beim Ombudsmann eingegangen. Erledigt wurden während dieser Zeit 790 Fälle. 297 Personen haben persönlich beim Ombudsmann vorgesprochen, in 264 Fällen wurde bei der Verwaltung eine Vernehmlassung eingeholt bzw. um Vorlage der Akten gebeten. Behördenmitglieder und Verwaltungsangehörige wurden in 253 Fällen als Auskunftspersonen angehört, elfmal wurde ein Augenschein durchgeführt.

203 Beschwerden wurden innert zehn Tagen erledigt, bei 226 Fällen lag die Bearbeitungsdauer zwischen elf und 30 Tagen, und bei 344 Verfahren betrug die Bearbeitungszeit zwischen 31 Tagen und einem Jahr.

17 Fälle dauerten länger als ein Jahr.

Zur Person

Thomas Faesi ist Rechtsanwalt und war vor seiner Wahl zum Ombudsmann als kantonaler Richter tätig.

Seit November 2007 ist er Ombudsmann des Kantons Zürich.

2011 wurde er im Amt bestätigt.

Thomas Faesi ist Mitglied der SVP des Kantons Zürich.

LESERBRIEF

Abstimmungsresultate

Vor einigen Tagen hat eine Universität eine Studie bekannt gemacht über den Ausgang und die Stimmenanteile der Abstimmung über die Zuwanderungsbegrenzung. Studien sind ähnlich wie Statistiken: Das Resultat dient immer einem Zeck und dessen Wirkung. Ganz ausgeblendet wurden die Doppelbürger und die Schweizer im Ausland.

Die Auslandschweizer haben sich schon gegen die Zuwanderungsinitiative geäussert, ähnliche Resultate würden sich sicher auch bei den Doppelbürgern ergeben. Es ist sehr wahrscheinlich, dass ein Doppelbürger die gleichen Überlegungen anstellt.

Als Doppelbürgern kann je nach Situation – beim Anstehen am Flughafen sind die Schweizer z. Z. in der Kolonne EU – einem der eine oder andere Pass nützlich sein, auch wenn sie keine Chauvinisten sein wollen. Man kann also mit grosser Wahrscheinlichkeit annehmen, dass diese beiden Bevölkerungsgruppen generell mit NEIN gestimmt haben.

Bei gleicher Stimmbeteiligung würde dies bedeuten, dass rund 500 000 (Schätzung) weniger Nein gestimmt hätten und dafür ein JA eingelegt hätten, dann hätte das Resultat um einiges anders ausgesehen. Konsequenz aus dieser Überlegung: Diejenigen, die in der Schweiz ihre Heimat und kein Doppelbürgerrecht haben, müssen die Hauptlast der Zuwanderung ertragen.

Werner Huber,
Winterthur

EINE KLARSTELLUNG

Landesverteidigung: Ein Grundpfeiler unserer Unabhängigkeit

Ich muss Sie vor einem weit verbreiteten Irrtum warnen. Viele glauben, wir stimmen am 18. Mai über ein Kampfflugzeug ab. Das trifft aber nur vordergründig zu. Es geht um sehr viel mehr. Wir stimmen über nichts weniger als über die Unabhängigkeit und Sicherheit unseres Landes ab.

Ueli Maurer
Bundesrat SVP
Wernetshausen

Ich will dazu verschiedene Fakten klären und den grösseren Zusammenhang herstellen, der in den vergangenen Monaten bewusst vernebelt wurde.

Politische Ausgangslage

Darum zuerst einige Worte zur politischen Konstellation:

Es gab bei uns immer politische Kräfte, die nichts von einer freien Schweiz halten, die sich selbst verteidigen kann. Das zieht sich wie ein roter Faden durch unsere Geschichte.

Wir hatten eine pazifistische Bewegung vor dem Ersten Weltkrieg, die im Sommer vor hundert Jahren plötzlich und brutal aus ihren Friedensträumen gerissen wurde.

In den 1920er-Jahren traten die Sozialdemokraten nicht mehr für die Armee ein. Obschon ab 1933 Hitler an der Macht war und massiv aufrüstete, dauerte es noch bis 1935, bis sie sich endlich wieder zur Landesverteidigung bekannten.

Nach dem Fall der Berliner Mauer nahmen die Armeegegner einen neuen Anlauf. Mit einer Volksinitiative wollten sie unsere Armee abschaffen.

Wir sehen: Es gibt seit jeher Kreise, die aus ideologischen Gründen unsere unabhängige Schweiz und unsere bewaffnete Neutralität ablehnen.

Daran hat sich über all die Jahre hinweg nichts geändert.

Worum es wirklich geht

Was sich aber geändert hat, ist ihre Taktik: Die Armeegegner wissen, dass die Schweizer Bevölkerung sich bei Abstimmungen immer zugunsten der Armee entschieden hat. Darum treten sie heute nicht mehr offen und ehrlich für ihre Ziele ein. Sie stellen die Landesverteidigung nicht mehr direkt in Frage, sie schieben andere Gründe vor. Sie versuchen, die Armee auf Umwegen so zu schwächen, bis diese ihre Glaubwürdigkeit verloren hat.

Die Abstimmung über den Gripen ist schon der dritte Versuch in kurzer Zeit: 2011 stimmten wir über die «Initiative für den Schutz vor Waffengewalt» ab. Vordergründig ging es um den Waffenbesitz, in Wirklichkeit ging es um die Landesverteidigung. Letztes Jahr versuchten Armeegegner, die Wehrplicht abzuschaffen. Vordergründig ging es um das Dienstpflichtmodell, in Wirklichkeit ging es um die Landesverteidigung. Und jetzt versuchen Armeegegner, den Gripen und damit eine zeitgemässe Bewaffnung unserer Armee zu verhindern. Vordergründig geht es um ein Flugzeug, in Wirklichkeit geht es auch hier um die Landesverteidigung. Bis jetzt hat das Volk die versteckte Absicht der Armeegegner durschaut und die getarnten Angriffe auf unsere Armee blieben chancenlos.

Notwendige Klarstellungen

Dieses Mal führen die Armeegegner aber eine besonders perfide Kampagne. Sie ist schon lange lanciert. Sie läuft schon seit über einem Jahr. Mit allen Mitteln werden Zweifel gesät: Zuerst am Auswahlverfahren, dann am Flugzeug selbst. Wer nicht zugeben will, dass er gegen die Armee ist, der sagt, der Flieger sei zu teuer, es sei die falsche Typenwahl oder wir bräuchten überhaupt keinen neuen Kampfjet … Alle diese Einwände gehen aber daneben.

Zum Preis: Der Gripen ist im Vergleich zu anderen Typen klar günstiger; das Preis-Leistungsverhältnis ist hervorragend. Und beachten wir die Relationen: Auf die Lebensdauer von 30 Jahren gerechnet, kostet uns der Gripen gut 100 Millionen Franken pro Jahr. Im Verhältnis zum Bundesbudget 2015 sind das 1,5 Promille. Auf hundert Franken Staatsausgaben bezahlen wir also 15 Rappen für den Gripen. Dann kommen jedes Jahr noch Betriebs- und Unterhaltskosten in etwa gleicher Höhe dazu, das sind dann im Verhältnis nochmals rund 15 Rappen. Zudem wird der Kauf vollständig aus dem Budget der Armee finanziert. Wir geben mit dem Gripen keinen einzigen Steuerfranken zusätzlich aus. Kosten-Argumente gegen die Beschaffung sind schlicht falsch und unehrlich.

Zur Typenwahl: Wir haben den Gripen in einem langen, sorgfältigen Verfahren ausgewählt. Er ist das Flugzeug, das ideal auf unsere Bedürfnisse zugeschnitten ist. Wir brauchen als neutrales Land keinen Jet, der Angriffe mit Atomwaffen fliegen kann – wir brauchen ein modernes Flugzeug, das unserem Land für alle denkbaren Bedrohungen einen sicheren Schirm gibt. Dafür ist der Gripen perfekt geeignet.

Einsatzfähige Armee

Und jetzt zur Notwendigkeit: Wir dürfen nie vergessen, worum es bei der Armee geht. Es geht um Sicherheit. Es geht um unsere staatliche Unabhängigkeit. Und es geht um Menschenleben. Die Behauptung, die alten Tiger würden es auch noch tun, ist schlicht verantwortungslos und fahrlässig.

Wir erwarten von unseren Soldaten ein unglaubliches Opfer. Im Ernstfall verlangen wir von ihnen, ihr Leben für unser Land zu riskieren. Da muss man doch immerhin bereit sein, ihnen die besten Waffen zu geben.

Die Tiger haben einen jahrzehntealten Technikstand und sind in der Nacht nicht flugtauglich. Das heisst, man zwingt unsere Piloten, mit veralteten Maschinen in den Einsatz zu gehen. Damit würden wir sie im Ernstfall auf ein Himmelfahrtskommando schicken. Und nicht nur das: Als Land müssten wir für die vernachlässigte Luftwaffe mit toten oder verletzten Soldaten und Zivilisten auch am Boden bezahlen. Wie wichtig die Luftwaffe ist, haben uns die Konflikte der letzten Jahre immer wieder gezeigt. Häufig hat die Luftüberlegenheit sogar über Sieg oder Niederlage entschieden.

Kampfflugzeuge sind darum ein wesentliches Element jeder Armee. Fehlt dieses Element, verliert die ganze Armee ihre Einsatzfähigkeit. Denn niemand kann verantworten, im Ernstfall Soldaten ohne modernen Luftschirm in den Einsatz zu schicken.

Sehen Sie sich dieses Haus an: Wände, Türen, Fenster; alles ist intakt. Aber das nützt nichts. Denn das Dach fehlt. Darum ist das ganze Haus unbrauchbar und wertlos. Die investierte Arbeit und das investierte Geld sind verloren, weil mit dem Dach ein wichtiger Bestandteil fehlt. Das Haus ist ohne Dach kein richtiges Haus, es ist eine Ruine. So ist es auch mit der Armee.

Die Armee ist ein Ganzes. Fehlt ein wichtiger Bestandteil, kann sie ihre Aufgabe nicht erfüllen. Da hilft es auch nichts, wenn andere Truppenteile gut ausgerüstet und gut ausgebildet sind. Wenn unserer Armee die zeitgemässe Ausrüstung in der Luft verweigert wird, ist das letztlich nichts anderes als eine getarnte Armeeabschaffung in Raten. Und das ist genau das, was die Armeegegner wollen.

Bild: Schweizer Armee

Souveränität und bewaffnete Neutralität

Wir stehen also nicht vor einer Abstimmung über ein Flugzeug. Wir stehen vor einem Richtungsentscheid: Wollen wir eine Armee, die in jeder Hinsicht genügend gut ausgerüstet ist, damit wir sie im Notfall auch einsetzen können? Dann brauchen wir konsequenterweise auch einen modernen Luftschirm.

Oder geben wir freiwillig die Fähigkeit auf, unsere Souveränität und Sicherheit zu bewahren? Das wäre ein Schritt hin zur Selbstaufgabe – mit verhängnisvollen aussenpolitischen Folgen: Unsere bewaffnete Neutralität wäre nicht mehr glaubwürdig. Damit würde die Versuchung zunehmen, uns stärker an einen Machtblock anzulehnen. So würden wir in den Sog der internationalen Machtpolitik geraten. Es ist ja schon heute so, dass unser Land unter Druck immer wieder zu Konzession gezwungen wird. Dieser Druck würde noch zunehmen, wenn wir uns im Bereich der Sicherheit in fremde Abhängigkeit begeben würden. Denn es ist eine Illusion zu glauben, irgendjemand würde jemals unseren Luftraum sichern, ohne von uns Gegenleistungen einzufordern.

Nun ist die Abhängigkeit bei der Sicherheit aber noch besonders schwerwiegend. Man wird zum Satelliten einer Grossmacht oder eines militärischen Bündnisses.

Und damit zur Partei in der Weltpolitik. Dann bleibt nichts anderes, als fremdbestimmt eine Interessen- und Konfrontationspolitik mitzutragen, die man eigentlich gar nicht will. Gerade die letzten Wochen haben uns wieder einmal deutlich gezeigt, wie schnell Gegensätze und Konflikte aufbrechen. Und wer es vergessen hat, der wurde jetzt wieder daran erinnert, dass alle Grossen immer harte Interessenspolitik betreiben. Es hat sich bewährt, jeweils nach allen Seiten hin eine gewisse Distanz zu halten. So konnten wir schon oft als ehrlicher Friedensvermittler wirken. Die bewaffnete Neutralität bleibt darum hochaktuell. Das gibt dieser Abstimmung auch eine staatspolitische Dimension, die bisher noch viel zu wenig beachtet wurde.

Sie sehen: Es geht am 18. Mai um sehr vieles, nur nicht um Flugzeugtypen. Es geht darum, ob unser Land eine einsatzfähige Armee haben will, ob es seine Unabhängigkeit bewahren kann, ob es an der bewährten bewaffneten Neutralität festhält, wie es sich aussenpolitisch positioniert – Es geht darum, ob wir weiterhin noch halten können, was wir im Zweckartikel der Bundesverfassung versprechen: «Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.»

Der Mindestlohn schadet den KMU und ihren Angestellten

Jean-François Rime
Nationalrat SVP
Bulle

Zurzeit weist die Schweiz eine aussergewöhnlich niedrige Arbeitslosenquote aus, selbst bei Jugendlichen. Parallel dazu haben wir es im Vergleich zum Ausland geschafft, die Frauen gut in die Arbeitswelt zu integrieren: Über 80 Prozent der Frauen gehen einer geregelten Arbeit nach. Wir verfügen in der Schweiz über innovative und leistungsfähige Branchen und Unternehmen, die ihren Angestellten im Vergleich zum Ausland gute Löhne zahlen können. Wir sind nach den Vereinigten Staaten das wettbewerbsfähigste Land der Welt, und in Sachen Innovationsfähigkeit belegen wir schon seit Jahren einen Spitzenplatz. Diese Situation ist alles andere als ein Zufall!

Die Annahme der Mindestlohninitiative wäre Gift für unseren Wohlstand. Die Initiative verspricht der Bevölkerung höhere Einkommen, obwohl sie schwerwiegende Folgen für die Wirtschaft hätte. Überall dort, wo ein Mindestlohn eingeführt wurde, hatte das nämlich oft zur Folge, dass die schwächsten Arbeitskräfte durch Maschinen oder durch besser qualifizierte Arbeitskräfte ersetzt wurden. Falls die Initiative angenommen würde und die Arbeitgeber dazu verpflichtet wären, ab Datum der Einstellung den weltweit höchsten Mindestlohn zu zahlen, so hätten jene, die in das aktive Erwerbsleben eintreten möchten, zweifellos noch mehr Schwierigkeiten! Teilzeitarbeitsstellen – gerade für Familien ein nicht zu unterschätzendes Zusatzeinkommen – wären stark gefährdet. Dies würde zuerst und vor allem die Frauen treffen.

Die Initiative der Gewerkschaften fordert das Festschreiben eines Mindeststundenlohns von 22 Franken in der Verfassung. Die Schweiz würde damit, wie bereits erwähnt, über den weltweit höchsten, vom Staat festgeschriebenen Mindestlohn verfügen! Die Folgen wären vernichtend: Mit einem Grundlohn von 4000 Franken pro Monat plus Zulagen müsste beispielsweise ein Restaurantbesitzer einer unqualifizierten Küchenhilfe ohne Berufserfahrung über 5200 Franken auszahlen. Viele Unternehmen, gerade in den Randregionen, könnten das nicht stemmen – für die dortigen KMU-Betriebe würde das buchstäblich das Todesurteil bedeuten.

Die Festlegung des Lohnes durch den Staat hätte Auswirkungen auf die Gesamtheit der Lohnstruktur. Die Umsetzung der Initiative würde selbst Grossunternehmen, die auf den Export ausgerichtet sind, einen heftigen finanziellen Schock versetzen: Die Lohnkosten würden derart drückend, dass diese Unternehmen an Wettbewerbsfähigkeit einbüssen würden und sich in der Folge gezwungen sähen, Arbeitsplätze abzuschaffen und die Beschäftigung für das untere Lohnsegment zu rationalisieren. Ganz offensichtlich verkennen die Initianten die Auswirkungen ihrer Initiative, die genau jenen schaden würde, die sie vorgeben zu schützen: Junge Berufseinsteiger, Frauen und Personen, die nach einem Arbeitsunfall versuchen, sich wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Die ländlichen Gegenden und die Bergregionen würden von der Initiative stark getroffen, weil ihnen ein entscheidender Konkurrenzvorteil genommen würde, nämlich die moderaten Lebensunterhalts- und Lohnkosten. Steigen die Lohnkosten, haben die Unternehmen kein Interesse mehr daran, in diesen Regionen zu bleiben. Und wo es weder Stellen noch wirtschaftliche Perspektiven gibt, bleiben auch die Bewohner nicht. Die Annahme der Initiative würde zur Entvölkerung von ganzen Talschaften und zur Schliessung von zahlreichen Schulen führen, die Jugendlichen würden in die Agglomerationen ziehen, zurück blieben noch die ältesten Dorfbewohner. Das kann doch nicht das sein, was wir uns unter nationalem Zusammenhalt vorstellen! Am kommenden 18. Mai werde ich deshalb ein kategorisches Nein zur Mindestlohninitiative einlegen!

Jean-François Rime ist Unternehmer und Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbands (SGV).

Erstveröffentlichung als Carte Blanche im «Tages-Anzeiger».

Fadegrad

von
Roland Scheck

Weltenbummler

Eine Aufgabe, die man im Jobprofil eines städtischen Beamten nie vermuten würde, sind Dienstreisen ins Ausland. Aber das Gegenteil ist der Fall. Die Angestellten der Zürcher Stadtverwaltung sind rege Weltenbummler. Unvermutet, aber durchaus erklärbar in Anbetracht des politisch vorgesetzten Stadtrats. Dessen pathologisches Streben nach «internationaler Ausstrahlung» schlägt zwangsläufig in die Verwaltung durch.

Der Stadtrat hat in einem Beschluss festgehalten, dass die Stadtverwaltung gemäss Legislaturschwerpunkt «Nachhaltige Stadt Zürich – auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft» in ihrem umwelt- und gesundheitsrelevanten Handeln Vorbildfunktion einnehmen soll. Dazu gehört, dass für Dienstreisen die Bahn als umweltschonendstes Verkehrsmittel zu wählen ist. Bei Dienstreisen ins Ausland soll das Flugzeug nur dann eingesetzt werden, wenn die Bahnreise mehr als sechs Stunden dauert. Hinzu kommt, dass für alle Flüge die CO_2-Emissionen mittels eines Klimatickets einer anerkannten Organisation zu kompensieren seien.

Was immer unsere Beamten im Ausland tun, sie tun es häufig. Im Jahr 2013 buchte die Zürcher Stadtverwaltung 676 Flüge. Die Liste der Flugdestinationen zeigt, dass der rot-grüne Stadtrat seine «internationale Ausstrahlung» inzwischen auf fast alle Kontinente ausgeweitet hat. Die Flugreisen im Jahr 2013 führten nach Europa, Nordamerika, Lateinamerika, Mittlerem Osten, Asien, Russland, Afrika und Ozeanien. Lediglich Antarktika blieb mit rot-grünen Missionsreisen verschont.

676 Flüge innerhalb eines Jahres. In Anbetracht dessen, dass Flugreisen nur in Ausnahmefällen zu tätigen sind, eine durchaus stattliche Anzahl. Man möchte daher gar nicht wissen, wie viele Bahnreisen ins Ausland unternommen werden. Denn auch die Bahnreisen haben es in sich. Die Vorgabe, dass bis zu einer Reisezeit von sechs Stunden die Bahn zu nehmen ist, hat zur Folge, dass der Steuerzahler auch noch unzählige Übernachtungen in Hotels finanzieren muss. Für Angelegenheiten, die man mit einer Flugreise innerhalb eines Tages erledigen könnte, benötigen unsere 2000-Watt-Beamten jeweils zwei Tage.

Eine rot-grüne Regierung samt ihrer 2000-Watt-Gesellschaft hat ihren Preis. Reisen ins Ausland, Kompensation von CO_2-Emissionen, Reisezeitverluste, Hotelübernachtungen und vieles mehr. Dabei läge die Lösung auf der Hand: Der beste Beitrag an die Umwelt wäre, die Reisetätigkeit zurückzuschrauben oder ganz abzustellen. Niemand versteht, weshalb städtische Beamte in der Weltgeschichte herumreisen müssen. Sie sollen sich um unsere Stadt kümmern. Das schont nicht nur die Umwelt, sondern auch den Geldbeutel des Steuerzahlers.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Legislatur 2010–2014: Ein Rück- und Ausblick

Die Legislaturperiode 2010–2014 neigt sich dem Ende zu. Entsprechend amtsmüde zeigten sich diese Woche einzelne Parlamentarier. Doch was bleibt in der Erinnerung von dieser Legislaturperiode?

Sven Oliver Dogwiler
Gemeinderat SVP
Zürich 1 + 2

Zu nennen sind in erster Linie leider fragwürdige und schwer nachvollziehbare Projekte wie das Nagelhaus («goldigi Schiissi»), der Masterplan Velo (zwei Velonetze für langsame und schnelle Velos für 67 Mio. Franken), der stete Parkplatzabbau oder der Strichplatz (der vom Stadtrat prognostizierte Erfolg blieb aus, weil täglich durchschnittlich nur 15 Frauen den Platz nutzen; Tendenz sinkend).

Von der goldigen Schiissi bis zum Hafenkran

In positiver Hinsicht ist der Abbau der hängigen Ratsgeschäfte zu nennen. Waren zu Beginn der Legislatur noch weit über 500 Traktanden pendent, sind es heute noch etwas über 100.

Die Effizenzsteigerung hat einerseits mit der Disziplin der Ratsmitglieder zu tun, wohl aber auch mit der eingeführten Redezeitbeschränkung. Auch sonst war der Ratsbetrieb nicht mit unnötigen Rekursen, Formfehlern oder sonstigen Pannen überschattet.

Die Stadträte leisten sich – von wenigen Ausnahmen abgesehen – keine grösseren Skandale.

Den krönenden Abschluss der Legislaturperiode bildet in negativer Hinsicht aber der Hafenkran, der zur Zeit wenige Meter vom Ratshaus aufgebaut wird.

Die Geschichte des Hafenkrans und insbesondere der Weg, wie der Stadtrat dieses Projekt durchgestiert hat, würde mit Sicherheit gut in Gottfried Kellers Novelle «Die Leute von Seldwyla» passen.

Festzuhalten bleibt, dass sich der Stadtrat davor scheute, das Projekt Hafenkran mittels Abstimmung durch das Stimmvolk absegnen zu lassen.

Der Silberstreifen am Horizont

Wie so oft im Leben muss es manchmal erst schlechter werden, bevor es besser werden kann. Es bleibt deshalb die leise Hoffnung, dass dieser Hafenkran der Tiefpunkt in der von Ideologien geprägten Stadtzürcher Politik darstellt und dass der Hafenkran für die Bevölkerung ein Mahnmal darstellen wird, wie verschwenderisch die Regierung teilweise mit Steuergeldern umgeht.

Als Silberstreifen am Horizont ist die Übernahme des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements durch Filippo Leutenegger (FDP) zu nennen. Auch wenn sich auf Grund der links-grünen Mehrheit in Parlament und Stadtrat nicht viel ändern wird, so werden dank Leutenegger die Verkehrsbehinderungen immerhin nicht zunehmen.

Viele von Ruth Genner angestossene Projekte dürften zudem während der nächsten Legislaturperiode auf Eis gelegt werden (z.B. Veloweg Rosengarten). Aber wie bereits angeführt: eine einzige Schwalbe (ohne hier Leutenegger mit einer Schwalbe vergleichen zu wollen) macht leider noch keinen (politischen) Sommer. Hoffen darf man dennoch!

Was die SVP-Fraktion betrifft, so werden langjährige Ratsmitglieder wie Bruno Sidler, Monika Erfigen, Hedy Schlatter, Guido Bergmaier, Ruth Anhorn, Marina Garzotto, Margrit Haller (Kantonsrat) und Beat Camen leider nicht mehr in die nächste Legislatur 2014–2018 starten.

Es sind somit leider gewichtige Abgänge zu verzeichnen.

LESERBRIEF

Lichtblödsinn

Wir haben auf Sommerzeit umgestellt, jeder Tag wird länger hell – und wir sind aufgefordert, mit Abblendlicht Auto zu fahren … bei schönstem Sonnenschein und am helllichten Tage …!!

Da kann man nur laut ausrufen: «Was für ein hirnverbrannter Blödsinn!» Vor einigen Jahren hat Österreich – in einem Anfall von EU-Gehorsam – diesen Schmarren auch eingeführt – und gescheiterweise nach kurzer Zeit wieder abgeschafft. Dieser Stumpfsinn ist ja nicht nur völlig überflüssig und sinnlos, sondern auch – und das wurde bewiesen – ein ökologischer Unsinn. Wie wäre es, wenn unsere doch sonst so vernünf-tige Schweiz diese unverständliche Vorschrift wieder ausklinken würde?!

Aus der noch mit gesundem Menschenverstand ausgestatteten Bevölkerung käme bestimmt ein weit herum hörbarer kräftiger Applaus!

Hans U. Strekeisen,
Zumikon

Einladung zur

Parteiversammlung SVP Stadt Winterthur

Mittwoch, 16. April 2014, 20.00 Uhr
im Restaurant Hirschen, Lindenplatz 2, 8408 Winterthur

Traktanden

1. Begrüssung / Wahl der Stimmenzähler
2. Kommunale Abstimmungen
   a. Informatik-Projekt «Zweites Rechenzentrum» / GR Chantal Leupi
3. Kantonale Abstimmungen
   a. Kirchensteuerinitiative / KR René Isler
   b. Initiative «Keine Werbung für alkoholische Getränke auf Sportplätzen sowie an Sportveranstaltungen» / KR Yves Senn
4. Eidgenössische Abstimmungen / NR Natalie Rickli
   a. Gegenentwurf zur Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin»
   b. Initiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen»
   c. Mindestlohn-Initiative
   d. Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen
5. Protokoll der Parteiversammlung vom 23. Oktober 2013 / GR Pascal Rütsche
6. Verschiedenes / Umfrage

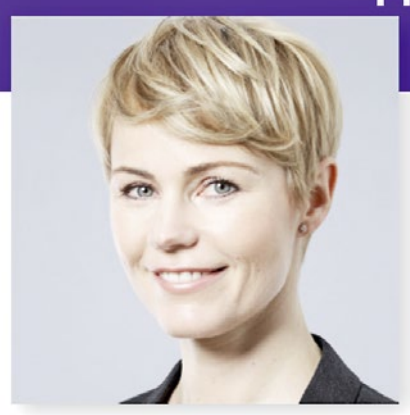
Veranstaltungshinweis
Öffentliche Veranstaltung der SVP Winterthur:
Bundesrat Ueli Maurer spricht
zur Gripen-Abstimmung.
Am 15. April 2014, 19.30 Uhr,
in der MZA Teuchelweiher, Winterthur.

Sichere Zukunft in Freiheit
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Volksinitiative
«Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen»

Es diskutieren:

Pro



Natalie Rickli
Nationalrätin SVP

Gregor Rutz
Nationalrat SVP

Contra

Daniel Jositsch
Nationalrat SP

Daniel Vischer
Nationalrat Grüne

Leitung: René Zeller, stv. Chefredaktor «Neue Zürcher Zeitung»

Dienstag, 15. April 2014, 20.00 Uhr
Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, 8038 Zürich (Pavillon)

Schweizer Qualität SVP Die Partei des Mittelstandes
SP
GRÜNE Grüne Partei der Schweiz

Achtung!

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.**

Komme bei Ihnen vorbei.

Tel. 044 822 26 11

Forstpflanzen jeder Art, erstklassige Qualität aus ausgewählten Beständen

Wildgehölze für stufige Waldränder, Garten-, Bach- und Strassenbegleitbepflanzungen

Jungpflanzen für Weihnachtsbäume

Wildverbiss- und Fegeschutz für Nadel- und Laubholz, Akazienpfähle zur Befestigung

Fordern Sie unsere Preisliste an!

Josef Kressibucher AG
Forstbaumschule
Ast 2
8572 Berg TG
Tel. 071 636 11 90
Fax 071 636 10 29
www.kressibucher.ch

MINDESTLOHN-INITIATIVE
Wohlstandsrezept oder Rohrkrepierer?

Podiumsveranstaltung

Dienstag, 22. April 2014
20.00 Uhr – Schulhaus Zwingert, Buchs

Politgrössen diskutieren unter der Leitung von

Benjamin Geiger, Chefredaktor "Zürcher Unterländer"

Thomas Hardegger, Nationalrat SP – Pro
Julia Gerber Rüegg, Kantonsrätin SP – Pro
Gregor Rutz, Nationalrat, SVP – Contra
Beat Huber, Kantonsrat, SVP – Contra

SP

Es freuen sich auf Ihren Besuch:

SP des Bezirks Dielsdorf
SVP des Bezirks Dielsdorf

Schweizer Qualität SVP Für Freiheit und Sicherheit

WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

Garagen-Verkauf: Diverses aus Haushalt, Büro, Werkstatt, Freizeit. Samstag, 12. April, 10 bis 15 Uhr. Rietstrasse 7, 8634 Hombrechtikon.

Zu verkaufen **nähige und frisch gek. Rot- und Schwarzflecken.** Marcel Gantenbein, Viehhandel, Telefon 079 567 64 77.

Bührer Traktor OP 17, 55 PS, neuer Perkinsmotor, neue Pneus, ab MFK, günstig. Tel. 055 243 12 56.

Zu verkaufen **wunderschöner Doktorwagen** (chaise) von Külmle, NP 37 000.–, VP 9000.–. Kommen Sie vorbei und schauen Sie selbst! Passend für 1 Freiberger oder 1 Tinker. Margrit Peter Heusser, Römerstr. 16, 8162 Steinmaur, Tel. 044 853 21 61.

ZU KAUFEN GESUCHT

Kaufe **Autos, Busse, Lieferwagen** etc. Gute Barzahlung, gratis Abholdienst. Tel. 079 613 79 50 auch SA/SO.

Gras/Zwischenfutter zum Silieren oder Heuen ab Feld zu kaufen gesucht. Tel. 079 216 60 09.

Junge CH-Familie **sucht** in Winterthur und Umgebung: **Einfamilienhaus, Hausteil, Bauernhaus oder Ökonomie-, Fabrikgebäude zum Umbauen.** Tel. 076 587 06 86.

IHR INSERAT IM WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? **Inserieren Sie einfach und unkompliziert und erreichen Sie über 10 000 Leserinnen und Leser.** Füllen Sie dazu das Formular unter folgender Internetadresse aus:

www.stutz-druck.ch/wuchemaert

Preise
3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für **nur Fr. 20.–** inkl. MWSt.
6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für **nur Fr. 40.–** inkl. MWSt.

Einsendeschluss
jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Rufen Sie uns bei Fragen bitte an: Telefon 044 783 99 11
Wir können nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag überwiesen wurde. Die Zahlungsangaben finden Sie auf der oben genannten Internetseite. Besten Dank für Ihr Verständnis.

Vorverlegter Inserateannahme- und Redaktionsschluss

Für die Nummer 16/2014 vom Donnerstag, 17. April, werden infolge der Osterfeiertage Redaktions- und Inserateannahmeschluss auf Montag, 14. April, vorverlegt.

Texte: 12.00 Uhr, Inserate: 15.00 Uhr.

Wir bitten unsere Inserenten und Mitarbeiter, diese Änderung zu beachten. *Redaktion und Verlag*

mediawatch.ch

Einladung

Vortrag und Diskussion

Au Premier, Hauptbahnhof Zürich
Freitag, 25. April 2014, 19.30 Uhr

Was tun, wenn Goliath an der Tür rüttelt?

Referat von Nationalrat Lukas Reimann

Bringen Sie Ihre Freunde mit zu diesem spannenden aktuellen Vortrag über die Lage der Schweiz nach der Abstimmung über die Personenfreizügigkeit.

Veranstalter: Vereinigung Medien-Panoptikum, Postfach 1827, 5401 Baden

print-ad kretz gmbh
Tel. 044 924 20 70 • Fax 044 924 20 79 • inserate@zuercher-bote.ch

Eidg. Volksabstimmung vom 18. Mai 2014

Kampfflugzeug Gripen

- eine Frage der Finanzierung oder mehr?

Der Bundesrat sowie National- und Ständerat wollen die mittlerweile veralteten F-5 Tiger der Luftwaffe durch 22 Kampfflugzeuge des Typs Gripen E ersetzen. Diese sollen, zusammen mit den F/A-18 Hornet, für Luftraumüberwachung, Luftpolizei und notfalls Luftverteidigung eingesetzt werden.
Weil gegen das «Bundesgesetz über den Fonds zur Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen» das Referendum ergriffen wurde, stimmen wir am 18. Mai über diese Frage ab.

Über diese Abstimmungsvorlage diskutieren:

pro **Hans-Peter Amrein** Kantonsrat SVP
Joel W. Gieringer FDP / Präsident Offiziersgesellschaft Kt. Zürich
Markus Gygax KKdt aD, ehem. Kdt Schweizer Luftwaffe

contra **Beat Flach** Nationalrat GLP
Balthasar Glättli Nationalrat GRÜNE / Mitglied GSoA
Barbara Gysi Nationalrätin SP

Leitung **Andreas Schürer,** Redaktor Neue Zürcher Zeitung

Datum **Dienstag, 15. April 2014, 20 Uhr**
Gemeindesaal, Schulanlage Obstgarten
Tränkebachstrasse 35, 8712 Stäfa

Im Anschluss an die Veranstaltung wird ein Apéro offeriert.
Wir freuen uns auf viele interessierte Teilnehmer.

FDP Die Liberalen · grünliberale · GRÜNE · ja · OG ZrU · Schweizer Qualität SVP

Warum die Schweiz den Gripen braucht!

Öffentliche Veranstaltung
Mittwoch, 23. April 2014, 20.00 Uhr
Kasinosaal, Markplatz 1
8910 Affoltern am Albis

Referenten:
Markus Gygax, Korpskommandant a.D.
ehem. Kommandant Schweizer Luftwaffe

Martin Sauter, Geschäftsführer
Sauter Bachmann AG, Netstal GL

Ueli Maurer, Bundesrat
Vorsteher des VBS

Abschluss mit Diskussion und Apéro

Schweizer Qualität SVP Die Partei des Mittelstandes

Schweizerische Volkspartei
Bezirk Affoltern

zum Gripen

SVP Ortspartei Urdorf
www.svp-urdorf.ch

Einladung zur
öffentlichen Informationsveranstaltung

«Sozialhilfe und Wachstumsbranche Sozialindustrie – warum die Sozialbudgets ständig wachsen»

Mittwoch, 16. April 2014, 20.15 Uhr
Schulhaus Moosmatt, Singsaal, 8902 Urdorf
(Navi/GPS: Im Moos 26) Parkplätze sind vorhanden

1986 gab Urdorf für Soziales 0,89 Mio. aus, im Jahr 2000 3,6 Mio. 2012 sind es 10,1 Mio. Von den 9500 Einwohnern unserer Gemeinde sind 2,9 % sozialhilfeabhängig, das heisst 276 Urdorfer Einwohner beziehen Fürsorgeleistungen.
(Datenherkunft: Statistisches Amt des Kantons Zürich)

Barbara Steinemann
SVP-Kantonsrätin

Elsbeth Ballarini
Sozialbehörde Urdorf

Markus Binder,
RPK Urdorf

Im Anschluss gemütliches Beisammensein beim Apéro und Fortsetzung des Dialogs im persönlichen Rahmen.

Kommen auch Sie an unsere Podiumsdiskussion, um die verschiedenen Standpunkte kennenzulernen, Fragen zu stellen und sich Ihre eigene Meinung zu bilden.

Eine Veranstaltung der SVP Urdorf

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 14. April 2014, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Affoltern / Aeugst
Jeden 1. Donnerstag im Monat, ab 20.00 Uhr, Restaurant Eichhörnli, Aeugst.

Bezirk Affoltern / Hausen am Albis
Montag, 7. April 2014, 20.00 Uhr, Restaurant Schönegg, Hausen am Albis.

Bezirk Andelfingen / Buch am Irchel
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Hauptstrasse 12, Buch am Irchel.

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon / Birmensdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Luzernerstrasse, Birmensdorf.

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

Bezirk Uster / Uster
Immer am ersten Samstag im Monat, 11.00 Uhr, Restaurant Post, Poststr. 4, Uster.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden letzten Freitag im Monat, 20.00 Uhr, Parteihöck im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Junge SVP Stadt und Bezirk Winterthur
Jeden ersten Freitag im Monat, ab 20.00 Uhr, in der First Choice Bar, Winterthur.

Stadt Winterthur / Seen
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Zürich / Kreis 1 und 2
Jeden zweiten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich-Wollishofen.

Stadt Zürich / Kreis 4 und 5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Holzschopf, Heinrichstrasse 112, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Schwamendingerhuus (Schwamendingerplatz), Zürich-Schwamendingen.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Hausen am Albis
Montag, 26. Mai 2014, 20.00 Uhr, Schützenhaus, Hausen am Albis, Parteiversammlung.

Bezirk Affoltern / Wettswil am Albis
Mittwoch, 15. Oktober 2014, 20.00 Uhr, im Singsaal des Schulhauses Mettlen, Wettswil am Albis, Podiumsveranstaltung mit Nationalrat Luzi Stamm und Nationalrat Hans Kaufmann.

Bezirk Bülach
Mittwoch, 7. Mai 2014, 19.00–19.45 Uhr, Landgasthof Breite, Winkel, öffentliche Diskussion zum Thema Mindestlohn – schädlich oder fair?, mit Unternehmer Hans-Ulrich Lehmann (SVP) und Kantonsrätin Rosmarie Joss (SP). Gesprächsleitung: Kantonsrat Claudio Schmid.

Mittwoch, 7. Mai 2014, 20.00 Uhr, (anschliessend an Mindestlohn-Podium), Landgasthof Breite, Winkel, Delegiertenversammlung.

Bezirk Bülach / Kloten
Mittwoch, 16. April 2014, 21.15 Uhr, Zentrum Schluefweg, Kloten, Sitzungszimmer, Orientierung/Fragenbeantwortung zu den eidg. Abstimmungsvorlagen vom 18. Mai 2014 anlässlich der Parteiversammlung der SVP Kloten (Apéro 19.30, Beginn 20.00 Uhr) durch Nationalrat Hans Fehr.

Bezirk Dielsdorf
Dienstag, 22. April 2014, 20.00 Uhr, Schulhaus Zwingert, Buchs, Podiumsveranstaltung zur Mindestlohn-Initiative, Wohlstandsrezept oder Rohrkrepierer? Teilnehmer: Nationalrat Thomas Hardegger (SP, pro), Kantonsrätin Julia Gerber Rüegg (SP, pro), Nationalrat Gregor Rutz (SVP, contra) und Kantonsrat Beat Huber (SVP, contra). Leitung: Benjamin Geiger, Chefredaktor Zürcher Unterländer. Veranstalter: SVP des Bezirks Dielsdorf und SP des Bezirks Dielsdorf.

Bezirk Dielsdorf / Regensdorf
Donnerstag, 1. Mai 2014, ab 11.00 Uhr, auf dem Watter Dorfplatz, 1. Mai Veranstaltung, Festwirtschaft mit Köstlichkeiten aus dem Watter Weinberg und vom Holzkohlengrill, mit Gastreferent Hans Ulrich Lehmann, Unternehmer, zur Mindestlohninitiative, ca. 14.00 Uhr. Für Unterhaltung sorgt «Heli» mit seiner Schwyzerörgeliformation aus dem Furttal. www.echovomfurttal.ch

Bezirk Dietikon / Urdorf
Mittwoch, 16. April 2014, 20.15 Uhr, Schulhaus Moosmatt, Singsaal, Urdorf, öffentliche Informationsveranstaltung zum Thema «Sozialhilfe und Wachstumsbranche Sozialindustrie – warum die Sozialbudgets ständig wachsen», mit SVP-Kantonsrätin Barbara Steinemann, Elsbeth Ballarini, Sozialbehörde Urdorf, und Markus Binder, Präsident SVP Urdorf/RPK Urdorf. Anschliessend Apéro.

Samstag, 3. Mai 2014, 10.00 Uhr (ab 9.30 Uhr Kaffee und Gipfeli), ref. Kirche, Kirchgemeindehaus, Poststrasse 50, Dietikon, Gripen-Anlass, Ja zum «Gripen-Fondsgesetz», Abstimmung vom 18. Mai 2014. Referenten: Korpskommandant André Blattmann, Chef der Schweizer Armee, Hans Egloff, Nationalrat SVP, Markus Binder, Präsident SVP Urdorf, und Fabio Bosch, Grenadier-Offizier. Während der Veranstaltung steht ein Kinderhütedienst zur Verfügung. Im Anschluss an die Referate gemütliches Beisammensein mit Wurst und Grill, Getränken und volkstümlicher Musik.

Bezirk Horgen / Langnau am Albis
Samstag, 10. Mai 2014, 14.00 Uhr bis Sonntag, 11. Mai 2014, 18.00 Uhr, im Gutsbetrieb Rengg, RenggerChilbi, Musik, Stimmung, Essen und Trinken, Steinewerfen, Reiten, Kutschenfahrten. Samstag ab 18.30 Uhr Tanz mit «Die Entertainer», Sonntag ab 9.00 Uhr Muttertagsbrunch, musikalische Unterhaltung Akkordeon-Orchester Adliswil. Organisation: SVP Langnau am Albis und Jodlerclub Langnau am Albis.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Dienstag, 22. April 2014, 19.30 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht, ausserordentliche Parteiversammlung.

Sonntag, 18. Mai 2014, ab 16.00 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht, Wahltreff.

Bezirk Meilen / Männedorf
Dienstag, 20. Mai 2014, 20.00 Uhr, reformierter Kirchgemeindesaal, Zentrum Leue, Männedorf, öffentlicher Informationsabend. Was macht der Kantonsrat gegen die zunehmenden Staus auf den Hauptstrassen? Müssen wir bald wieder mit Steuererhöhungen rechnen? Wann kommt der neue kantonale Richtplan? Wie verlaufen die Arbeiten für die Totalrevision des Gemeindegesetzes? Zu diesen und anderen Fragen stehen Ihnen die Kantonsräte der SVP Bezirk Meilen Red und Antwort: Theres Weber-Gachnang, Claudio Zanetti, Hans-Peter Amrein und Rolf R. Zimmermann. Anschliessend an die Veranstaltung wird ein Apéro offeriert.

Bezirk Pfäffikon
Donnerstag, 17. April 2014, 20.00 Uhr, Landgasthof zur Krone, Russikon, öffentlicher Informationsabend mit Markus Gygax, ehem. Chef Luftwaffe. Warum soll die Schweiz ein neues Kampfflugzeug beschaffen? Ohne Luftwaffe keine Armee!

Stadt Winterthur
Dienstag, 15. April 2014, 19.30 Uhr, Mehrzweckanlage Teuchelweiher, Wildbachstrasse 16, Winterthur, Vortrag von Bundesrat Ueli Maurer: «Warum die Schweiz den Gripen beschaffen soll». Begrüssung durch Nationalrat Jürg Stahl. Anschliessend Fragen und Diskussion, «Kaltes Plättli». Ende der Veranstaltung ca. 21.30 Uhr.

Mittwoch, 16. April 2014, 20.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur, Parteiversammlung.

Stadt Zürich / Kreis 11
Freitag, 23. Mai 2014, 18.00 Uhr (Referat 18.30 Uhr), Voléro-Lounge, Binzmühlestrasse 80, Max Bill-Platz, Zürich-Oerlikon, Polit-Apéro. Gastreferent: Kantonsrat Matthias Hauser, SVP, Hüntwangen. Thema: «Wie kann die Volksschule wieder gesunden?».

Freitag, 22. August 2014, 18.00 Uhr (Referat 18.30 Uhr), Voléro-Lounge, Binzmühlestrasse 80, Max Bill-Platz, Zürich-Oerlikon, Polit-Apéro. Referentin: Nationalrätin Natalie Rickli, SVP, Winterthur. Thema: «News aus Bundesbern».

Freitag, 31. Oktober 2014, 18.00 Uhr (Referat 18.30 Uhr), Voléro-Lounge, Binzmühlestrasse 80, Max Bill-Platz, Zürich-Oerlikon, Polit-Apéro. Referent: Gemeinderat Dr. Daniel Regli, SVP, Zürich, Thema: «Duttweiler und Schloter – von der Kunst des Möglichen».

SVP-FRAUEN

SVP-Frauen Stadt Zürich
Dienstag, 29. April 2014, 19.30 Uhr, Hotel Mercure-Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung. Ca. 20.30 Uhr Referat von Nationalrat Toni Bortoluzzi zur «Hausarzt-Initiative».

Donnerstag, 26. Juni 2014, 19.00 Uhr, Sommerhöck (weitere Angaben folgen).

Montag, 1. September 2014, 19.30 Uhr, Hotel Mercure-Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Montag, 3. November 2014, 19.30 Uhr, Hotel Mercure-Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Freitag, 28. November 2014, 19.00 Uhr, Adventsessen (weitere Angaben folgen).
Donnerstag, 29. Januar 2015, 19.00 Uhr, Hotel Mercure-Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 15. April 2014, 20.00 Uhr, Gemeindesaal Schulanlage Obstgarten, Tränkebachstrasse 35, Stäfa, Podium Gripen, Leitung: Andreas Schürer, Redaktor NZZ. Pro: KKdt a D Markus Gygax, ehemaliger Kommandant Schweizer Luftwaffe; Oberstlt i Gst Joel W. Gieringer, Präsident OG Kt. ZH u. RPK Herrliberg, FDP, und Kantonsrat Hans-Peter Amrein, SVP, Küsnacht. Contra: Nationalrat Beat Flach, GLP, Auenstein/AG; Nationalrat Balthasar Glättli, Grüne, Mitglied GSoA, Zürich und Nationalrätin Barbara Gysi, Vizepräsidentin SP Schweiz, Wil/SG. Veranstalter: FDP, OGZrU, GLP, GP und SVP.

Dienstag, 15. April 2014, 20.00 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich, öffentliche Podiumsdiskussion zur eidg. Volksabstimmung vom 18. Mai 2014: Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen». Teilnehmer: Nationalrätin Natalie Rickli (SVP, pro), Nationalrat Gregor Rutz (SVP, pro), Nationalrat Daniel Jositsch (SP, contra) und Nationalrat Daniel Vischer (Grüne, contra). Leitung: René Zeller, stv. Chefredaktor «Neue Zürcher Zeitung».

Mittwoch, 16. April 2014, 19.00 Uhr, Restaurant Kaserne, Bülach, öffentliches Podium zur «Gripen-Abstimmung» mit KKdt Markus Gygax, ehem. Kommandant Luftwaffe und NR Hans Fehr (pro) sowie NR Chantal Galladé, SP, und Martin Bäumle, Grünliberale (contra). Veranstalterin: Offiziersgesellschaft Zürcher Unterland (OGZU).

Mittwoch, 23. April 2014, ab 18.30 Uhr, Hotel St. Gotthard, Bahnhofstrasse 87, Zürich, Podiumsgespräch zur Mindestlohn-Initiative: Lohnschutz oder Jobkiller? Öffentlicher Anlass mit Apéro. Teilnehmer: Fabian Molina, Präsident JUSO (pro), Roman Burger, Geschäftsleiter Unia Zürich-Schaffhausen (pro), Beat Walti, Präsident FDP Kanton Zürich (contra) und Alfred Heer, Präsident SVP Kanton Zürich (contra). Mit einem Inputreferat von Matthias Ramer, Vizepräsident der Zürcher Hoteliers. Moderation: Hugo Bigi, Moderator TeleZüri.

Dienstag, 29. April 2014, 20.00 Uhr (Apéro 19.30 Uhr), Gasthof zum Löwen, Seestrasse 595, Meilen, öffentliche Podiumsdiskussion zur eidg. Volksabstimmung vom 18. Mai 2014: Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen». Teilnehmer: Nationalrätin Natalie Rickli (SVP, pro), Nationalrat Gregor Rutz (SVP, pro), Nationalrat Daniel Jositsch (SP, contra) und Nationalrat Daniel Vischer (Grüne, contra). Leitung: Edgar Schuler, Redaktor «Tages-Anzeiger».

Donnerstag, 8. Mai 2014, 18.00 Uhr, maxon motor AG, Brünigstrasse 220, Sachseln/OW, Podiumsgespräch/44. Fabrikgespräch maxon motor AG zum Thema «Die Entwicklung im Mittleren Osten: Was sind die Konsequenzen für die Schweiz?» (Migration, Entwicklungshilfe vor Ort, Probleme mit Asylsuchenden in der Schweiz) mit NR Hans Fehr, SVP/ZH, Manuel Bessler, Vizedirektor DEZA, Delegierter für humanitäre Hilfe und Chef SKH und Mario Gattiker, Direktor Bundesamt für Migration.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Gemäldeausstellung
Samstag, 5. April 2014 bis Samstag, 28. Juni 2014, im Gemeindehaus Embrach, Thema: Am Wildbach, Landschafts- und Tier-Aquarelle von Konrad Flückiger, Oberembrach. Vernissage: 5. April, 17.00 Uhr mit Nationalrat Alfred Heer, Zürich. Finissage: 28. Juni, 17.00 Uhr mit Kantonsrat Matthias Hauser, Hüntwangen.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 2296–3480
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+ 2,5 % Mehrwertsteuer

Redaktion:
Reinhard Wegelin (rw.),
Christoph Bähler (ba.)
Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch
SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf

Inseraten-Annahme:
print-ad kretz gmbh, Fredi Kretz
Tramstrasse 11, Postfach,
8708 Männedorf
Tel. 044 924 20 70, Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Dienstag 17.00 Uhr

Insertionspreise:
www.stutz-druck.ch/content/der-zuercher-bote

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

MOTORRAD-CLUB SVP

Ausfahrten
Sonntag, 25. Mai 2014, **1. Ausfahrt:** 5-Seen-Tour.

Sonntag, 22. Juni 2014, **2. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 20. Juli 2014, **3. Ausfahrt:** Vogesen.

Sonntag, 24. August 2014, **4. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 21. September 2014, **5. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 5. Oktober 2014, **6. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Generalversammlung
Freitag, 25. April 2014, Hof Spaltenstein, Tannenhof, Rankstrasse 90, Kloten.

Schlussfest
Freitag, 10. Oktober 2014, Gasthof Löwen, Mönchaltorf.

Sommerreise
Donnerstag, 7. August 2014 bis Sonntag, 10. August 2014: Nähere Angaben folgen.

Stämme
Dienstag, 13. Mai 2014, 19.00 Uhr, **1. Stamm**, Restaurant Windegg, Hochwachtstrasse 3, Albispass.

Donnerstag, 12. Juni 2014, 19.00 Uhr, **2. Stamm,** Schürlibeiz Aspenhof, Thalheim a. d. Thur.

Donnerstag, 10. Juli 2014, 19.00 Uhr, **3. Stamm,** Restaurant Tanne, Dorfstrasse 24, Grafstal.

Dienstag, 29. Juli 2014, 19.00 Uhr, **4. Stamm,** Restaurant Grünwald, Regensdorferstrasse 237, Zürich.

Dienstag, 19. August 2014, 19.00 Uhr, **5. Stamm,** Restaurant Laufenbach, Gmeindrütistrasse 1b, Rüti.

Donnerstag, 4. September 2014, 19.00 Uhr, **6. Stamm,** Restaurant Hirschen, Dorfstrasse 2, Obfelden.